

N I E D E R S C H R I F T

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

vom: **21.11.2002**
von: **16:00 Uhr**
bis: **19:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
AM Eger-Kahleis, Brigitte
AM Hamich, Günther - für AM Kaiserling, Carl-Norbert -
AM Kamieth, Jens - bis 18.10 Uhr, während TOP 10 ö. T. -
Stv Katz, Reinhilde
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Schmidt, André
AM Söhler, Petra
AM Sondermann, Brigitte - für von der CDU-Fraktion noch nicht ben. ordentl. Mitgl. -
AM Tigges, Johannes
Stv Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika -

II. Beratende Mitglieder:

AM Ditsch, Gül
AM Mücke, Helga
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

AM Miether, Hans-Joachim

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Städt. OAR Hülsmann - bis 18.15 Uhr, während TOP 11 ö. T. -

Gleichstellungsbeauftragte Dellori
Stellv. Leiter VHS Hiller - bis 18.50 Uhr, während TOP 12 ö. T. -
Stl Engelmann
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Flohren, Angelika
AM Kaiserling, Carl-Norbert
Stv Rujanski, Detlef

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung an den Verein „Mütterzentrum e. V.“ zu spenden.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (FDP)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

19. AfSFS 21.11.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.09.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

19. AfSFS 21.11.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

19. AfSFS 21.11.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

19. AfSFS 21.11.2002

5. Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Grundsicherungsgesetz (GSiG)

Vorlagenr. 2325/2002 - Vorlage vom 05.11.2002

Herr Hülsmann zeigt auf, dass die zur Antragsaufnahme notwendigen Voraussetzungen organisatorischer Art seit 18.11.2002 erfüllt sind. Verlässliche Zahlen zu finanziellen Auswirkungen können in ca. einem Jahr genannt werden.

Herr Schmidt kritisiert, dass die derzeit auf Bundesebene entwickelten Überlegungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwar gute Ansätze zeigen, jedoch allein zu Lasten der Kommunen realisiert werden sollen. Er weist darauf hin, dass die diesbezügliche Prüfung der Verfassungsmäßigkeit noch nicht abgeschlossen ist.

Fraglich ist, ob der Adressatenkreis mit dem Grundsicherungsgesetz überhaupt erreicht werden kann und ob nicht weiterer, missbräuchlicher Inanspruchnahme öffentlicher Gelder Vorschub geleistet wird. Wünschenswert wäre, wenn die Verwaltung vor Ort Aufklärungsarbeit leisten und Anspruchsvoraussetzungen prüfen könnte (mobile Antragsaufnahmestelle). Bezüglich des konkreten Personalbedarfes lassen sich erst Ende 2003 konkretere Aussagen treffen.

Herr Fischer macht deutlich, dass die Kosten der Sozialhilfe zwar grundsätzlich vom Kreis, Nebenkosten aber, wie z. B. Personal- und Sachkosten, von den Kommunen getragen werden und daher diesbezüglichen Zwängen unterlegen sind.

Herr Eberlein befürwortet das Gesetz, da ein Personenkreis gefördert wird, der auf der finanziellen Schattenseite des Lebens steht.

Grundsätzlich ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu begrüßen, jedoch bemängelt Frau Nauck, dass Bund und Länder Beschlüsse fassen, ohne die finanzielle Tragweite für die Kommunen ausreichend zu berücksichtigen.

Haben verschämte Arme bislang Leistungen aus der Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen, so werden sie auch finanzielle Unterstützungen nach dem Grundsicherungsgesetz nicht beantragen, befürchtet Frau Söhler.

Herr Hamich bittet die Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um die positiven Ziele des Gesetzes erreichen zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Grundsicherungsgesetz zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

6. Sozialhilfebericht der Stadt Siegen 2001

Vorlagenr. 2326/2002 - Vorlage vom 05.11.2002

Die Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger ist im Ausblick auf das kommende Jahr äußerst besorgniserregend, so Herr Dr. Rohr. Im laufenden Jahr ist die Zahl der Hilfeempfänger, Zu- und Abgänge berücksichtigt, mit Stand vom 30.09.2002 um 111 gestiegen. Die Stadt Siegen kann auf die Entwicklung keinen Einfluss nehmen. Bund und Länder sind gefragt, möglichst schnell Handlungskonzepte zu entwickeln und zu realisieren.

Herr Schmidt bringt vor, dass dringend eine Reform der Arbeitsvermittlung erfolgen muss. Das Hauptproblem liegt darin begründet, dass aufgrund mangelnder Arbeit zu wenig freie Arbeitsstellen verfügbar sind.

Das traditionelle Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) sollte mehr gefördert werden, anstatt Konzepte zu erarbeiten, durch die Alleinerziehenden der jeweils andere Partner ersetzt werden kann.

Ein verwaltungsinternes Personalbedarfskonzept sollte sich mit der Frage beschäftigen, wie vorhandenes Personal effektiv arbeiten kann und in welchen Bereichen Personalumschichtungsmöglichkeiten gesehen werden.

Die Kommunen haben nahezu keine Möglichkeiten, auf die Sozialhilfeentwicklung einzuwirken, stellt Frau Nauck fest. Eine Förderung des traditionellen Familienbildes läuft da ins Leere, wo Familien bereits zerrüttet sind.

Die durch die Individuen einer Gesellschaft gewählten Lebensformen bezüglich familiären bzw. nichtfamiliären Zusammenlebens sollten toleriert werden, fordert Frau Söhler.

Herr Hamich ist der Ansicht, dass mehr Personal zur Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch vorgehalten werden sollte, wenn sich dies fiskalisch gesehen lohnt.

Herr Eberlein erinnert an die von der Verwaltung seinerzeit vorgelegten Zahlen zum Sozialhilfemissbrauch. Diese wurden als überraschend niedrig bewertet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sozialhilfebericht 2001 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

7. Hilfe zur Arbeit

Mündlicher Bericht

Eine Kopie des Vermerkes zu dem von Herrn Hülsmann vorgetragenen Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bezüglich der hohen Ausfallquote der Teilnehmer aus Modul 1, in deren Folge weniger Personen in das Modul 2 einsteigen, werden Ende dieses Monats Gespräche bezüglich der Übergangsmodalitäten geführt, informiert Herr Fischer.

Ggf. ist die Wochenarbeitszeit in Modul 1 aufgrund der großen Beanspruchung der Teilnehmer zeitlich zu verkürzen, so Herr Kamieth.

Herr Schmidt erinnert an den nach einjähriger Dauer des Projektes zu erstellenden, ausführlichen, schriftlichen Zwischenbericht. Er weist darauf hin, dass die NAS zur Erfüllung der Aufgaben aus Modul 1 Kooperationspartner hinzuzieht.

Bezug nehmend auf die Frage von Frau Nauck antwortet Frau Dellori, dass sie auf Wunsch eine Statistik zum aktuellen Stand des Projektes „Verkäuferinnen in Teilzeit“ aushändigen kann. Von den 24 Teilnehmerinnen, die in die Maßnahme eingestiegen sind, haben bislang nur 2 diese abgebrochen. Sie sagt die weitere Berichterstattung zu.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

19. AfSFS 21.11.2002

**8. Weihnachtsfeier der Siegener Werkstätten der AWO, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, am 19.12.2002 in der Siegerlandhalle
- Antrag auf Mietkostenzuschuss**

Vorlagenr. 2279/2002 - Vorlage vom 18.10.2002

Herr Eberlein erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt, der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, einen Zuschuss in Höhe von 528,50 € zu den Mietkosten zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

9. Antrag der Schwulen-Initiative Siegen (SIS) auf anteilige Übernahme ungedeckter Personalkosten für eine Beratungsstelle

Vorlagenr. 2319/2002 - Vorlage vom 30.10.2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen lehnt den Antrag ab, da über die laufende Förderung hinaus keine zusätzlichen freiwilligen Haushaltsmittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
0 Enthaltungen**

19. AfSFS 21.11.2002

**10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 5
- Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagenr. 2312/2002 - Vorlage vom 30.10.2002

Das voraussichtliche Defizit zum Ende des Jahres, das in der Vorlage mit „unter 500.000 €“ beziffert ist, lässt sich nach Auskunft von Herrn Fischer nunmehr sehr realistisch auf ca 400.000 € begrenzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.10.2002 (Bewirtschaftungsstand 28.10.2002) im Fachbereich 5 einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

11. Auflistung Anbieter Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen

Vorlagenr. 2290/2002 - Vorlage vom 04.09.2002

Eine bloße Kenntnisnahme der Auflistung der Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen geht Herrn Stötzel nicht weit genug. Der Bedarf an Deutsch-Kursen war zu ermitteln und eine aufgrund zu erwartender Zuschüsse für die Stadt kostenneutrale Durchführung (ggf. über andere Anbieter) zu prüfen. Es sollte nunmehr ein Auftrag an die Verwaltung ergehen, eine Möglichkeit zu suchen, den Bedarf möglichst kostengünstig zu befriedigen und Standards für bestimmte

Gruppierungen festzulegen.

Herr Schmidt stellt fest, dass Deutsch-Kurse von manchen Anbietern günstiger angeboten werden, als von der Volkshochschule. Lediglich für Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge scheint die Volkshochschule einziger Anbieter zu sein.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass die Vorlage als Ergänzungsvorlage zu der vergangenen, diese Thematik in Zusammenhang mit dem Siegener Ausweis betreffenden, zu sehen ist. Der Kulturausschuss hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die jetzige Regelung beibehalten wird. Hiernach zahlen Inhaber des Siegener Ausweises die Hälfte der Kursgebühren.

Nur, wenn die Inhaber eines Siegener Ausweises auch weiterhin einen 50-%-igen Eigenanteil zahlen, wird ein Deckungsbeitrag zur Verringerung des Defizites der Volkshochschule erwirtschaftet, so Herr Hiller. Die spezielle Situation der Migranten kann durch Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes verbessert werden, die Entwicklung sollte abgewartet werden.

Frau Ditsch steht auf dem Standpunkt, dass die derzeit vorgehaltenen Angebote der Volkshochschule wichtig und notwendig sind. Vor dem Hintergrund, dass selbst hiermit die Bedarfstatbestände noch nicht vollständig abgedeckt werden, sollte keinesfalls eine Angebotsschmälerung erfolgen. Sie macht darauf aufmerksam, dass viele Inhaber eines Siegener Ausweises den 50-%-igen Eigenanteil finanziell nicht tragen können und somit der Integrationsgedanke konterkariert wird. Sie spricht sich dafür aus, der alten Regelung entsprechend Inhabern des Siegener Ausweises wieder einen Kurs pro Semester kostenlos anzubieten.

Weil dies in der Vergangenheit nicht immer geschehen ist, bittet sie die Verwaltung, künftig dafür Sorge zu tragen, den Ausländerbeirat bei allen Migrationsbelangen zu beteiligen. Insbesondere wurde der durch den Ausländerbeirat geforderte Bericht über in Siegen vorgehaltene Angebote der Sprachförderung dort bislang nicht vorgelegt.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage der Stadt Siegen sprechen sich die Ausschussmitglieder Hamich, Nauck und Schmidt dafür aus, die jetzige Regelung des 50-%-igen Eigenanteiles der Inhaber des Siegener Ausweises an Kursen der Volkshochschule beizubehalten. Neben öffentlichen Angeboten ist auch die Eigeninitiative ausländischer Vereine gefragt.

Für Herrn Dr. Stötzel ist die Angelegenheit noch nicht endgültig ausdiskutiert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt die Auflistung der

Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. AfSFS 21.11.2002

12. Zehnerkommission

Vorlagenr. 2320/2002 - Vorlage vom 31.10.2002

Herr Schmidt beantragt, im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen einen Beschluss dahingehend zu fassen, dass

1. die 10-er Kommission in der bisherigen Form bestehen bleibt und
2. die derzeit eingesetzte 10-er Kommission die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern“ überarbeitet.

Aus Gründen der Effektivität sollte die Kommission nicht mehr als einmal jährlich zusammentreffen.

Die paritätisch besetzte 10-er Kommission wurde bislang in ihrer hochqualitativen Arbeit sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch die Politik bestärkt, so Frau Ditsch. Die Kommission ist ein gutes Mittel, Bürgernähe zu pflegen und langwierige Beratungen im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zu verhindern. Der Ausländerbeirat hat sich für den Erhalt eingesetzt.

Die in der Kommission geführten Gespräche eigneten sich nach Meinung von Herrn Eberlein hervorragend zum gegenseitigen Informationsaustausch. Bedauerlich ist, dass die Antragsteller weitgehend immer wieder dieselben sind. Dem Antrag der CDU-Fraktion schließt er sich an.

Auch Frau Nauck und Herr Hamich votieren zugunsten des Antrages der CDU-Fraktion.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schmidt):

1. Die 10-er Kommission bleibt in der bisherigen Form bestehen.
2. Die derzeit eingesetzte 10-er Kommission überarbeitet die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern“.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (SPD)

19. AfSFS 21.11.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer

Datum
05.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Grundsicherungsgesetz (GSiG)

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Grundsicherungsgesetz zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Allgemeines

Der Deutsche Bundestag hat am 26.06.2001 ein Artikelgesetz – nach Zustimmung durch den Bundesrat – „Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens“ (Altersvermögensgesetz – AVmG) verabschiedet.

Das Grundsicherungsgesetz – als Art. 12 des Gesetzes – ist **ein dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gegenüber vorrangiges eigenständiges Leistungsgesetz**, das zum 01.01.2003 in Kraft tritt. Seit dem 01.07.2002 können bereits Anträge auf Gewährung von Leistungen gestellt werden.

2. Ziel

Ziel des Gesetzes ist es,

- ◆ eine eigenständige soziale Leistung für alte und für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen zu schaffen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt,
- ◆ älteren Menschen die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche zu erleichtern, ohne einen Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchten zu müssen,
- ◆ die Lebenssituation voll erwerbsgeminderter Menschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, deutlich zu verbessern.

3. Wesentliche Inhalte des Gesetzes

Antragsberechtigt sind

- ◆ über 65jährige
- ◆ über 18jährige, die unabhängig von der Arbeitsmarktlage **voll erwerbsgemindert** im Sinne des § 43 Abs. 2 SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung – sind und bei denen es unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann,

mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine volle Erwerbsminderung im Sinne des § 43 Abs. 2 SGB VI liegt vor bei

- ◆ Personen, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes mindestens 3 Stunden täglich erwerbstätig zu sein,
- ◆ Personen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) bzw. für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind, wenn sie wegen Art und Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können,
- ◆ Personen in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen, die in gewisser Regelmäßigkeit eine Leistung (einschließlich einer Dienstleistung für den Träger) erbringen, wenn sie wegen Art und Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können.

Nicht anspruchsberechtigt sind Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes und Personen, die in den letzten 10 Jahren ihre Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

Einsatz von Einkommen und Vermögen

Die Grundsicherungsleistung ist abhängig von der Bedürftigkeit des Anspruchsberechtigten. Bei der Bedürftigkeitsprüfung werden das Einkommen und Vermögen des Anspruchsberechtigten sowie seines Ehegatten wie in der Sozialhilfe berücksichtigt. Im Gegensatz zur Sozialhilfe bleiben jedoch Unterhaltsansprüche der Grundsicherungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern außer Betracht, sofern deren Jahreseinkommen unter einem Betrag von 100.000,00 € liegt.

Leistungsumfang

Die Leistung ist so bemessen, dass sie im wesentlichen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen entspricht.

Die Grundsicherung umfasst:

- ◆ maßgebenden Regelsatz nach dem BSHG
- ◆ 15 % des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes für einmalige Leistungen
- ◆ angemessene tatsächliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (bei stationärer Unterbringung sind als Kosten für Unterkunft und Heizung Beträge in Höhe der durchschnittlich angemessenen Aufwendungen zugrunde zu legen)
- ◆ Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen entsprechend § 13 BSHG
- ◆ Mehrbedarf von 20 % des maßgebenden Regelsatzes bei Besitz eines Schwerbehindertenausweises mit dem Merkzeichen G.

Leistungszeitraum

Die Bewilligung erfolgt in der Regel für den Zeitraum 01.07. bis zum 30.06. des Folgejahres. Bei der erstmaligen Bewilligung oder bei Änderung einer Leistung beginnt der Bewilligungszeitraum am 01. des Monats, in dem der Antrag gestellt worden ist oder die Voraussetzungen für die Änderung eingetreten und mitgeteilt worden sind.

Zuständigkeit

Träger der Grundsicherung und damit sachlich zuständig sind die Kreise und kreisfreien Städte. Das Gesetz sieht eine Möglichkeit der Delegation der Aufgaben auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden vor. Laut Delegationssatzung des Kreises Siegen-Wittgenstein werden die Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz von den kreisangehörigen Gemeinden und Städten wahrgenommen, die in eigenem Namen entscheiden.

Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt.

Information/Beratung

Es informiert/berät

- ◆ von Amts wegen der Rentenversicherungsträger bei rentenberechtigten Personen,
- ◆ auf Antrag der Rentenversicherungsträger bei übrigen Personen,
- ◆ der Sozialhilfeträger bei Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen in einer Einrichtung.

4. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Umsetzung des Grundsicherungsgesetzes hat sowohl finanzwirtschaftliche als auch personalwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt Siegen/den Kreis Siegen-Wittgenstein.

Finanzen

Für die finanziellen Auswirkungen sind folgende Gründe maßgebend:

- ◆ Die Leistungen der Grundsicherung an die Anspruchsberechtigten nach dem Gesetz werden die bisherigen Leistungen an die Anspruchsberechtigten nach dem BSHG überschreiten (auch wegen des Wegfalls des Rückgriffes auf Unterhaltspflichtige).
- ◆ Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Grundsicherungsgesetz wird gegenüber der Zahl der Hilfeempfänger nach dem BSHG steigen (verschämte Arme, Wegfall des Rückgriffes auf Unterhaltspflichtige).
- ◆ Die Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz an voll erwerbsgeminderte Personen führen zu einem erhöhten Finanzaufwand (bisher überörtlicher Träger der Sozialhilfe).

Es ist gegenwärtig aber noch nicht möglich, zutreffende Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen zu machen.

Dies hat folgende Ursachen:

Einerseits kann die Anzahl der Antragsteller auf Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz nur in den Fällen, in denen Sozialhilfeleistungen nach dem BSHG gewährt werden und für die die Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz sozialhilferechtlich anrechenbares Einkommen darstellen, relativ genau ermittelt werden, in den anderen Bereichen aber nicht.

So ist z. B. offen, wie hoch die Zahl derjenigen ist, die zwar Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG hätten, diese aber bisher nicht beantragt haben und nunmehr aber Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz in Anspruch nehmen.

Andererseits ist die Höhe der finanziellen Auswirkungen in bezug auf jeden Einzelfall auch deshalb mit großen Unwägbarkeiten verbunden, weil die Grundsicherungsleistung bedarfsorientiert festgestellt wird.

Durch die vorrangigen Grundsicherungsleistungen tritt eine Entlastung der Sozialhilfeträger bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG ein. Dies betrifft auch die kommunale Beteiligung nach dem 2. Modernisierungsgesetz (s. hierzu Haushaltsplan UA 410). Wie hoch diese sein wird, ist abhängig von der Zahl derjenigen, die wegen der vorrangigen Grundsicherungsleistungen aus dem Bezug der Sozialhilfe ausscheiden.

Für den Bereich der Stadt Siegen werden dies in etwa 450 Fälle sein.

Personal

Da weder die Zahl der Fälle noch die Bearbeitungsdauer je Fall zutreffend abschätzbar ist, sind Aussagen über den Bedarf an Personal für Fallbearbeitung z. Z. nur schwer möglich.

Nach dem gegenwärtigen Überblick gehen die Träger der Grundsicherung in Nordrhein-Westfalen zum großen Teil aber davon aus, dass die Grundsicherungsleistung hinsichtlich des Bearbeitungsaufwandes unter dem Aufwand für die (laufende) Bearbeitung von Fällen der Hilfe zum Lebensunterhalt liegt.

Für den Bereich der Stadt Siegen gehen daher die Haupt- und Finanzverwaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass 4 Vollzeitstellen (davon 2 Stellen aus der Sachbearbeitung Sozialhilfe) benötigt werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Allgemeine Sozialhilfe
Bearbeitet von: Herrn Hülsmann

Datum
05.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Sozialhilfebericht der Stadt Siegen 2001

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sozialhilfebericht 2001 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sonderleistungen
Bearbeitet von: Herrn Stein

Datum
18.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Weihnachtsfeier der Siegener Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, am 19.12.2002 in der Siegerlandhalle - Antrag auf Mietkostenzuschuss

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt, der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe, einen Zuschuss in Höhe von 528,50 € zu den Mietkosten zu gewähren.

Sachverhalt / Begründung:

Seit Bestehen der Behindertenarbeit im Kreis Siegen-Wittgenstein wird alljährlich diese Feier im Wechsel zwischen den Schulen für geistig Behinderte und den Siegener Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt veranstaltet. Aufgrund der hohen Teilnehmerzahl findet die Veranstaltung im Großen Saal der Siegerlandhalle statt.

Mit dieser Feier wird den behinderten Menschen, ihren Eltern und Betreuern sowie Freunden in größerem Rahmen ein Zusammensein ermöglicht. Der Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt trägt mit dieser Feier dazu bei, dass Verständnis für behinderte Menschen zu fördern.

In seiner Sitzung am 04.02.1998 hatte der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen Grundsätze für die Gewährung von Mietkostenzuschüssen für soziale Veranstaltungen beschlossen. Danach sind ausschließlich karitative Veranstaltungen Siegener Vereine und Verbände, deren Durchführung im Interesse der Stadt Siegen liegt, zuschussfähig. Die Zuschusshöhe beträgt 50 % der Nettohallenmiete, höchsten jedoch 767,00 € (1.500,00 DM). Mögliche Mietnachlässe der Hallenverwaltung sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.

Die Nettomiete für den Großen Saal der Siegerlandhalle beträgt 1.057,00 €. Ich schlage vor, dem Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt einen Zuschuss zu den Mietkosten in Höhe von 528,50 € zu gewähren.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
528,50 €				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 2.550,00 €	Haushaltsstelle 1.498.7180.2
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	------------------------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sonderleistungen
Bearbeitet von: Herrn D. Stein

Datum
30.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Antrag der Schwulen-Initiative Siegen (SIS) auf anteilige Übernahme ungedeckter Personalkosten für eine Beratungsstelle

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen lehnt den Antrag ab, da über die laufende Förderung hinaus keine zusätzlichen freiwilligen Haushaltsmittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Schwule Initiative Siegen ist Trägerin einer Beratungsstelle, die seit 1998 an einem Modellprojekt des Landes NRW zur psychosozialen Beratung von Schwulen und Lesben teilnimmt. Im Rahmen dieses Projekts fördert das Land eine halbe Stelle für eine Fachkraft mit einem jährlichen Festbetrag.

Nach Auffassung der SIS reichen diese pauschalen Zuwendungen nicht mehr aus die tatsächlichen Kosten zu decken, s. d. im kommenden Jahr aufgrund gestiegener Lohnkosten und eines geplanten Büroumbaus mit einem Fehlbetrag von 3.500 € zu rechnen ist. Der Kreis Siegen-Wittgenstein wird in 2003 - unabhängig von einer städtischen Förderung - die Beratungsstelle der SIS mit höchstens 1.000 € unterstützen. Von der Stadt Siegen beantragt die SIS einen Zuschuss in gleicher Höhe. Die Restsumme soll durch Eigenmittel finanziert werden.

Seit Jahren erhält die SIS einen Zuschuss aus Mitteln des Sozialtats nach den Förderrichtlinien für soziale Vereine und Verbände. Für das laufende Jahr wurde ein Zuschuss in Höhe von 487 € ausgezahlt.

Eine Bewilligung der beantragten Mittel liefe auf eine Dauerförderung hinaus, die wegen der bekanntlich schwierigen Haushaltslage der Stadt Siegen nicht vertretbar wäre. Zudem würde ein Präzedenzfall für andere Institutionen geschaffen, die sich in vergleichbaren finanziellen Engpässen befinden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Frau Wilhelm / Herrn Fischer

Datum
30.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

12.11.2002

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 5 - Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen und der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nehmen den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.10.2002 (Bewirtschaftungsstand 28.10.2002) im Fachbereich 5 – einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31. Oktober des Jahres 2002 ausgewiesen.

Verwaltungshaushalt:**Haushaltsplan 2002****Haushaltsvollzug per
28.10.2002**

UA	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
110	6.000	6.000	14.088	10.918
400	19.350	130.950	16.584	111.086
406	0	0	0	0
407	149.350	6.434	122.308	8.864
410	0	4.453.000	0	4.453.000
420	1.340.600	1.557.500	825.999	1.097.549
421	75.000	2.346.200	45.317	1.846.915
435	27.800	69.750	8.866	54.660
436	275.700	234.881	282.976	312.141
437	539.450	439.000	539.655	419.139
440	156.300	186.600	116.934	130.964
451	88.050	400.300	96.903	372.407
452	4.100	29.550	4.140	19.947
454	14.250	222.100	19.157	182.533
455	921.550	8.133.900	788.856	8.083.231
456	122.300	1.389.550	87.463	1.032.828
457	250	6.250	0	2.507
458	0	5.100	0	4.214
460	266.274	446.392	234.007	350.745
464	7.801.650	14.005.600	6.447.562	15.318.126
465	0	368.000	0	332.137
470	0	654.500	0	642.915
481	643.000	940.000	548.654	833.117
486	0	129.700	0	87.443
498	6.400	167.900	1.876	102.466
620	56.000	0	52.290	0
	12.513.374	36.329.157	10.253.635	35.809.852

In bezug auf die bisherige Berichterstattung 2002 und der sich daraus ergebenden Fortschreibung bestand nach dem Stand 31.07.2002 ein Defizit von rd. **1 Mio. €**. Daraus ergab sich als Prognose ein voraussichtliches Defizit von rd. **0,7 Mio. €**.

Durch weitere Einsparungen im Asylbewerberleistungsgesetz, der Erzieherischen Hilfen und der Kinder- und Jugendarbeit und einer leichten Verbesserung im Kindertageseinrichtungsbereich wird das voraussichtliche Defizit zum Ende des Jahres bei unter 500.000 € liegen. Ansonsten kann auf die Verwaltungsvorlage vom 16.08.2002, Nr. 2157/2002, verwiesen werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Institut Volkshochschule
Bearbeitet von: Fritz Hiller

Datum
04.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Kulturausschuss	05.11.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	21.11.2002

Betreff:

Auflistung Anbieter Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss nimmt die Auflistung der Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Der Kulturausschuss und der Sozialausschuss des Rates der Stadt Siegen haben die Verwaltung aufgefordert, eine Auflistung der Anbieter von Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen vorzulegen.

Die als Anlage beigefügte Auflistung (Stand Juli 2002) umfasst die Anbieter solcher Kurse, die der VHS Siegen, FB 5 und FB 6/3 bekannt sind. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben, da es bisher in Siegen keine Übersicht über Anbieter solcher Kurse gab.

Die Angaben zu Angebot, Zielgruppe und Kosten/Ermäßigung (sofern überhaupt bekannt) wurden so detailliert wie möglich gemacht. Dies war nicht immer einfach, da viele der Anbieter sich in einer gewissen Konkurrenzsituation zur VHS Siegen sehen, und deshalb keine konkreten Angaben machten.

Insgesamt ist aus der Auflistung zu erkennen, dass die meisten Anbieter der Deutschkurse nur Angebote für bestimmte Zielgruppen machen, was sicherlich mit der Verfügbarkeit von Finanzmitteln gerade für diese Zielgruppen zusammenhängt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Hiller

Anlagen: 1

Anbieter von Sprachkursen „Deutsch als Fremdsprache“ in Siegen

Anbieter	Angebot	Zielgruppe	Kosten
VHS Siegen	Deutschkurse vom Anfängerkurs bis zur Vorbereitung auf das Kleine Deutsche Sprachdiplom des Goethe-Instituts, 2x pro Woche mit 6 bzw. 8 Ustd. pro Woche, Prüfungszentrum für Europäisches Sprachenzertifikat Deutsch und Zentrale Mittelstufenprüfung des Goethe-Instituts Intensivkurse (SGB III) für Aussiedler/-innen, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge im Auftrag des Arbeitsamts	Teilnehmer/innen ab 16 Jahren Aussiedler/-innen, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge	€ 1,55 pro Ustd. / mit Siegener Ausweis 50% Ermäßigung Kostenlos
DAA Siegen	Deutschkurse 2x pro Woche mit 8 Ustd. 1-jähriger Grundbildungslehrgang über Berufsberatung (Finanzierung über AA), 5 Ustd. pro Woche	Ausländer 18 – 25-Jährige	€ 129,00 für 32 Ustd. Kostenlos
Fortbildungsakademie der Wirtschaft	3-monatige Sprachkurse (Vollzeit), meist im Anschluss an die 6-monatigen Sprachkurse für Aussiedler/-innen (Finanzierung über Unna-Massen)	Aussiedler/-innen	Kostenlos
Kirchenkreis Siegen	2-monatige Deutschkurse, Kurse 2x pro Woche mit 4 Ustd.	Aussiedler/-innen	€ 50
RAA, RAA Stadtteilbüro Fischbacherberg	Sprachförderung von Eltern/Kindern im Rahmen der Elternarbeit von Kindergarten und Schule (Finanzierung über KEG)	Eltern/Kinder	€ 10 pro Quartal
BfW Siegen	1-jähriger Grundbildungslehrgang über Berufsberatung (Finanzierung über AA), 6 Ustd. pro Woche	18 – 25-Jährige	Kostenlos
AWO	Deutschkurse für Lernungsgewohnte mit Kinderbetreuung	Ausländische Frauen	Kostenlos

Anbieter	Angebot	Zielgruppe	Kosten
Uni Siegen	Deutschkurse für ausländische Studienbewerber, 20 Ustd. pro Woche	ausländische Studienbewerber	Kostenlos
Sprachenschule Siegerland	Deutschkurse zur Vorbereitung auf die DSH-Prüfung (Deutsche Sprache für den Hochschulzugang) als Intensivkurs (ca. 20 Ustd. pro Woche, womit die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis möglich ist)	Studienwillige Ausländer	€ 600,00 für 300-340 Ustd.
Verein f. soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen	Vom Sprachverband in Mainz geförderte Deutschkurse	Ausländische AN u. ihre Familien aus EU-Mitgliedsstaaten u. ehemaligen Anwerbeländern	Kostenlos
Diakonisches Werk	Deutschkurse für Frauen mit Kinderbetreuung	Türkische Frauen	Kostenlos
Internationaler Bund	10-monatiger Deutschkurs mit 30 Ustd. pro Woche	Jugendliche Aussiedler/-innen bis 27 Jahre	Kostenlos
Kreisverband ZMO (Zusammenarbeit mit Osteuropa)	Deutschkurse 2x pro Woche mit je 2 Ustd.	Aussiedler/-innen	€ 40 pro Monat
Verein Deutsch-Türkischer Akademiker e.V.	Deutschkurse 2x pro Woche mit je 3 Ustd.	Türkische Frauen	Ja, aber Angabe der Höhe verweigert
Türkisch-Islamischer Kulturverein	Mütterkurs	Türkische Mütter	Nicht bekannt

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro des Bürgermeisters/ Geschäftsstelle AB
Bearbeitet von: Herrn Engelmann

Datum: 31.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Zehnerkommission

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt, über das bisherige Verfahren zur Mittelvergabe bezüglich der Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgern nach Diskussion.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Beratung eingegangener Zuschussanträge im Zuge der Förderung des friedlichen Zusammenlebens hatte der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen im Oktober 1995 die 10. er Kommission aus Vertretern des Ausländerbeirates und des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen gebildet und dann die bekannte Richtlinie mit der Zielbeschreibung „Maßnahmen zu fördern, die dazu beitragen sollen, die gesellschaftlichen Kräfte zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens von ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Siegen zu mobilisieren“ beschlossen.

Bei dem bisherigen Verfahren wurden eingehende Anträge durch die Verwaltung gesammelt, formal geprüft und soweit notwendig, von den Antragstellern ggf. weitergehende Informationen eingefordert und dann in der Zehnerkommission beraten. Seit Gründung hat sich die Zehnerkommission mit sämtlichen Projektanträgen, auch mit denen, die wegen eines geringen Antragsvolumen von unter 500,00 € (nach Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen werden solche geringfügigen Mittelvergaben in anderen Bereichen als Geschäft der laufenden Verwaltung abgearbeitet) befasst.

Für die Kommission war es in den Jahren ihrer Arbeit wichtig, die Bürgernähe zu erhalten. Regelmäßig erhielten die einzelnen Antragsteller vor der abschließenden Beratung des Gremiums die Gelegenheit, ihren eingereichten Antrag vorzustellen und

noch offene Fragestellungen vor den Kommissionsmitgliedern zu beantworten. Hierdurch konnten im Sinne der Kommission sachgerechte Entscheidungen zur Mittelvergabe herbeigeführt werden. Bislang ist der Ausländerbeirat in der Zehnerkommission direkt mit 5 Mandaten bei der Mittelempfehlung des Gremiums beteiligt. In den letzten Jahren beschloss der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen regelmäßig ohne Abänderung nach dieser Empfehlung. In den Jahren vor Gründung der Kommission in 1995 stimmte der Sozialausschuss nicht immer den Empfehlungen des Ausländerbeirates zu.

In den Vorjahren stellten Schulen, Vereine, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen im Rahmen der Förderung des friedlichen Zusammenlebens Anträge auf eine Bezuschussung.

Bei der Haushaltsstelle 1.498.7359.7 sind im Jahr 2002 Mittel in Höhe von 7.700,00 € veranschlagt.

In der 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen kamen die anwesenden Mitglieder überein, dass sich die Zehnerkommission mit einem zukünftigen Prozedere zur Verteilung der Fördermittel zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen deutschen und ausländischen Bürgern befassen soll.

Die Zehnerkommission tagte am 18.09.2002. Zum weiteren Verfahren kamen folgende Varianten in Betracht.

- Die 10. er Kommission bleibt in der bisherigen Form bestehen und erhält den Auftrag, die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger“ zu überarbeiten.
- Die 10. er Kommission wird aufgelöst. Die Verwaltung arbeitet die eingegangenen Anträge vor. Die zu beteiligenden Gremien beraten über den Verwaltungsvorschlag. Die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger“ wird durch die Verwaltung überarbeitet.

Mehrheitlich kamen die Anwesenden zu dem Ergebnis, die Kommission aufzulösen. Unabhängig von einer gefassten Entscheidung wird grundsätzlich empfohlen, die derzeit gültige Richtlinie zur Mittelvergabe zu überarbeiten und letztendliche Entscheidung zur Mittelvergabe beim Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zu belassen.

Daneben erhielt die Verwaltung von der Zehnerkommission den Auftrag, Vor- und Nachteile eines möglichen Splitting der Gelder unter zwei Haushaltsstellen, a) Integrationsbereich für Schulen und b) kulturelle Veranstaltungen/ Vereine, zu prüfen und die sich ergebenden Vor- und Nachteile zum bisherigen Verfahren aufzuzeigen.

Vorteile des Splitting:

- Vorabquotierung für Integrationsmaßnahmen an Schulen und bei anderen Antragstellern
- Inhaltliche Trennung der Hauptantragsgegenstände
- Wegfall einer Beratungsebene

Nachteile:

- Die Entscheidung im Vorfeld durch die Zehnerkommission und die bislang verbundene Rückkoppelung auf parlamentarischer Ebene entfällt; eine Vor- und Aufarbeitung fällt entgegen dem bisherigen Verfahren ausschließlich der Verwaltung zu.
- Die Richtlinie zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger ist zu überarbeiten.

Die Verwaltung erachtet die Haushaltsstelle 1.498.7359.7, „Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutscher Bürgerinnen und Bürger“ für eine effiziente Arbeit als ausreichend. Durch Abänderung der Richtlinie kann gegebenenfalls eine Quotierung der Mittel in der Richtlinie vorgegeben werden. (Bei festhalten an zwei neu zu schaffende Haushaltsstellen kann eine flexible Mittelverteilung durch Deckungsvermerk, beziehungsweise durch einen möglichen Deckungsring gewährleistet werden. Auch bei zwei neuen Haushaltspositionen ist originär der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen mit der Mittelvergabe zu befassen).

Zum Ergebnis der Zehnerkommission beriet der Ausländerbeirat der Stadt Siegen in seiner 17. Sitzung vom 08.10.2002 unter TOP 6 und sprach sich einstimmig dafür aus, dem Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zu empfehlen:

1. Die 10 er Kommission soll in der bisherigen Form bestehen bleiben.
2. Sofern die 10 er Kommission aufgelöst wird, sollen dem Ausländerbeirat die Kompetenzen der bisherigen 10 er Kommission übertragen werden.
3. Die derzeitig eingesetzte 10 er Kommission überarbeitet die Richtlinie „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger“.

Nach Auffassung der gewählten Beiratsmitglieder leistete die 10 er Kommission im Laufe der Jahre eine gute Arbeit, deren Entscheidungen in allen befassten Gremien auf Konsens stieß. Der Ausländerbeirat sieht bei einer Auflösung der Kommission die Gefahr von langwierigen Debatten in den Entscheidungsgremien. Dieser Mehraufwand wird sich nach Auffassung des Gremiums auch auf die Verwaltungsarbeit erstrecken. Ein Mehraufwand könnte nach Meinung des Beirates zu Mehrkosten führen.

Neben den Beratungen in der Zehnerkommission und im Ausländerbeirat wird in der 37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.11.2002 der Antrag der UWG Fraktion behandelt, die Erarbeitung der Verteilungsvorschläge für die pauschalierten Zuweisungen des Landes NW für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (GFG-Gelder) auf die Zehnerkommission zu übertragen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung Objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haus- haltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfü- gung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel